

Erforderliche Unterlagen zur Beantragung eines Führungszeugnisses:

- Personalausweis oder Reisepass;
- bei Vorlage des Führungszeugnisses bei einer Behörde: Anschrift der Behörde, ggf. Stel-
lenzeichen (Bearbeitungszeichen) und Verwendungszweck;
- **beim Antrag auf ein erweitertes Führungszeugnis zusätzlich: schriftliche Aufforde-
rung der Stelle, die das erweiterte Führungszeugnis verlangt und in der diese be-
stätigt, dass die Voraussetzungen des § 30 a Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz
(BZRG) vorliegen.**

Allgemeine Informationen zum Erweiterten Führungszeugnis (§ 30 a BZRG)

- (1) Einer Person wird auf Antrag ein erweitertes Führungszeugnis erteilt,
1. wenn die Erteilung in gesetzlichen Bestimmungen unter Bezugnahme auf diese Vor-
schrift vorgesehen ist oder
 2. wenn dieses Führungszeugnis benötigt wird für
 - a. die Prüfung der persönlichen Eignung nach § 72a des Sozialgesetzbuches (SGB)
– Aches Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe -,
 - b. eine sonstige berufliche oder ehrenamtliche Beaufsichtigung, Betreuung, Erzie-
hung oder Ausbildung Minderjähriger oder
 - c. eine Tätigkeit, die in einer Buchstabe b. vergleichbaren Weise geeignet ist, Kontakt
zu Minderjährigen aufzunehmen.
- (2) Wer einen Antrag auf Erteilung eines erweiterten Führungszeugnisses stellt, hat eine
schriftliche Aufforderung vorzulegen, in der die Person, die das erweiterte Führungszeugnis
vom Antragsteller verlangt, bestätigt, dass die Voraussetzungen nach Absatz 1 vorliegen. Im
Übrigen gilt § 30 entsprechend.

Allgemeine Informationen zum Führungszeugnis (§ 30 BZRG)

- (1) Jeder Person, die das 14. Lebensjahr vollendet hat, wird auf Antrag ein Zeugnis über den
sie betreffenden Inhalt des Zentralregisters erteilt (Führungszeugnis). Hat der Betroffene
einen gesetzlichen Vertreter, so ist auch dieser antragsberechtigt. Ist der Betroffene ge-
schäftsunfähig, so ist nur sein gesetzlicher Vertreter antragsberechtigt.
- (2) Der Antrag ist bei der Meldebehörde zu stellen. Der Antragsteller hat seine Identität und,
wenn er als gesetzlicher Vertreter handelt, seine Vertretungsmacht nachzuweisen. Der Be-
troffene und sein gesetzlicher Vertreter können sich bei der Antragstellung nicht durch einen
Bevollmächtigten vertreten lassen. Die Meldebehörde nimmt die Gebühr für das Führungs-
zeugnis entgegen, behält davon zwei Fünftel ein und führt den Restbetrag an die Bundes-
kasse ab.

(3) Wohnt der Antragsteller außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes, so kann er den Antrag unmittelbar bei der Registerbehörde stellen. Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(4) Die Übersendung des Führungszeugnisses an eine andere Person als den Antragsteller ist nicht zulässig.

(5) Wird das Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde verlangt, so ist es der Behörde unmittelbar zu übersenden. Die Behörde hat dem Antragsteller auf Verlangen Einsicht in das Führungszeugnis zu gewähren. Der Antragsteller kann verlangen, dass das Führungszeugnis, wenn es Eintragungen enthält, zunächst an ein von ihm benanntes Amtsgericht zur Einsichtnahme durch in übersandt wird. Die Meldebehörde hat den Antragsteller in den Fällen, in den der Antrag bei ihr gestellt wird, auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Das Amtsgericht darf die Einsicht nur dem Antragsteller persönlich gewähren. Nach Einsichtnahme ist das Führungszeugnis an die Behörde weiterzuleiten, oder, falls der Antragsteller dem widerspricht, vom Amtsgericht zu vernichten.

(6) Wohnt der Antragsteller außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes, so kann er verlangen, dass das Führungszeugnis, wenn es Eintragungen enthält, zunächst an eine von ihm bekannte amtliche Vertretung der Bundesrepublik Deutschland zur Einsichtnahme durch ihn übersandt wird. Absatz 5 Satz 5 und 6 gilt für die amtliche Vertretung der Bundesrepublik Deutschland entsprechend.